

Vernehmlassungsantwort 31.05.2013

Vernehmlassung zum Zusammenarbeits- und Souveränitätsschutzgesetz

Aus Sicht der Wirtschaft wird das vom Bundesrat vorgeschlagene Zusammenarbeits- und Souveränitätsschutzgesetz mit Skepsis beurteilt. Es enthält zu viele offene Bestimmungen und macht gegenüber ausländischen Behörden Zugeständnisse, ohne auf das Gegenrecht zu pochen. Die Wirtschaft ist enttäuscht, dass der bundesrätliche Entwurf keine taugliche Lösung für den dringend notwendigen gesetzlich verankerten Berufsgeheimnisschutz für Unternehmensjuristen bzw. Unternehmensanwälte im Schweizer Recht enthält.